

Eingang:

Frankfurt am Main, 18. November 2008

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Plant der Magistrat schon weitere ppp- Projekte?

Der Magistrat wird beauftragt folgende Fragen zu beantworten:

1. Sind weitere Private-Public-Partnership-Projekte (ppp- Projekte) in Frankfurt geplant? Falls ja,
 - a. Um welche Projekte handelt es sich?
 - b. Wie hoch sind die geplanten Investitionen?
 - c. Welche Unternehmen sollen an den Projekten beteiligt werden?
 - d. Nach welchen Verfahren werden die Projekte vergeben?
 - e. Gibt es Wirtschaftlichkeitsberechnungen gegenüber einer Finanzierung aus städt. Hand?
 - f. Wurde in Erwägung gezogen, die Projekte aus den vorhandenen Guthaben der Stadt Frankfurt zu bezahlen?
2. Welche Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien sind in die bisherigen Projekte eingebunden oder für neue ppp- Projekte als Berater hinzugezogen?
3. Gibt es personelle Verbindungen von Magistratsmitgliedern oder Stadtverordneten zu einer oder mehrerer dieser Firmen?

4. Hat der Magistrat Informationen darüber, ob die Kredite, die aus den bereits bestehenden ppp- Verträgen Projekten resultieren, an Dritte weiterverkauft wurden?

Begründung:

DIE LINKE. hat in ihrem Antrag vom 27. Oktober 2008 erneut auf die Risiken von PPP-Projekten für die öffentliche Hand hingewiesen. Vor diesem Hintergrund ist es die Pflicht der Stadt Frankfurt, rechtzeitig über evtl. weitere anstehende Projekte dieser Art zu informieren.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Risiken, die die Stadt Frankfurt stets neu in Kauf nimmt, indem sie hochriskante Projekte vorantreibt, die bis heute nicht in ihrem Ergebnis einzuschätzen sind, unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung und gegenüber den zukünftigen Generationen sind.

Gerade jetzt haben die Cross- Border-Leasing Geschäfte, die auch in Frankfurt nur knapp durch den Einsatz der Bevölkerung verhindert werden konnten (U-Bahn-Verkauf in die USA), evtl. Kommunen in den Ruin getrieben. Genau diese Situation war von den Kritikern vorausgesagt worden.

Die neuen Spekulationsobjekte verstecken sich jetzt unter dem vertrauenserweckenden Namen „öffentlich rechtliche Partnerschaft“(ppp), wobei von Partnerschaft nicht viel zu erkennen ist. Das Risiko trägt die Kommune allein und damit die Bevölkerung der Stadt,

DIE LINKE. im Römer

Lothar Reininger
Fraktionsvorsitzender

Anfragestellerin / Anfragesteller:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner
Stv. Zehra Ayyildiz
Stv. Hans-Joachim Viehl
Stv. Udo Mack